

Die Gleichheit

Zeitschrift für Arbeiterfrauen und Arbeiterinnen

Mit der Beilage: Für unsere Kinder

Die Gleichheit erscheint alle vierzehn Tage einmal.
Preis der Nummer 15 Pfennig.
Durch die Post bezogen vierteljährlich ohne Bestellgeld
95 Pfennig; unter Kreuzband Mk. 1.45.

Stuttgart
14. März 1919

Zuschriften sind zu richten an die
Redaktion der Gleichheit, Berlin SW 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Morikplatz 14838.
Expedition: Stuttgart, Furtbachstraße 12.

Die erste Parlamentsrede einer Frau in Deutschland.

Der 19. Februar 1919, ein Mittwoch, wird in Zukunft zu den denkwürdigen Tagen der Geschichte gezählt werden. Zum ersten Male wurde in einem deutschen Parlamente, noch dazu in der obersten Vertretung des gesamten deutschen Volkes, in der nach dem freiesten Wahlrecht der Welt gewählten verfassungsgebenden deutschen Nationalversammlung, eine Frau als Abgeordnete zum Wort aufgerufen.

Es war, wie es sich nach der ganzen vorhergegangenen revolutionären politischen Entwicklung gebührte, eine Sozialdemokratin: unsere Genossin Marie Juchacz. Bei den engen Beziehungen, die zwischen der Genossin Juchacz und der „Gleichheit“ bestehen, sind wir zur Zurückhaltung in unserem Urteil verpflichtet. Aber wir dürfen dennoch sagen, daß die Rede unserer Genossin der Sozialdemokratischen Partei, im besonderen aber der proletarischen Frauenbewegung zur Ehre gereichte. Die natürliche Schlichtheit, die auch sonst eine liebenswerte Eigenschaft der Genossin Juchacz ist, zeichnete auch ihre Rede aus. Nirgends der Versuch, durch künstliche rednerische Mittel, durch erborgte Wissenschaftlichkeit oder durch dröhnendes Pathos mehr zu scheinen, als sie ist, überall die einfache ehemalige Arbeiterin, die sich durch rührenden Fleiß und geleitet von der erhebenden und läuternden Idee des Sozialismus von unten auf emporgearbeitet hat, dabei mehr gedrängt von ihren Klassengenossinnen und Parteifreunden als selber drängend.

Gerade durch die Einfachheit, mit der sie ernste und wichtige Dinge zu sagen wußte, fesselte sie von vornherein das ganze Haus. Bis zum Schluß hörte man ihr aufmerksam zu. Gelegentlich unterbrach eine Zwischenbemerkung von links oder von rechts den ruhigen Gang ihrer Darlegungen. Dann wußte sie die Störung geschickt aufzufangen und durch glückliche Polemik ihre Rede zu beleben. Oft erhielt die Rednerin ermunternde Zustimmung aus den Reihen unserer eigenen Partei. Aber nicht selten beteiligten sich auch die verbündeten Parteien an dem Beifall, der besonders zum Schluß einhellig und lebhaft spendet wurde.

Bei der historischen Bedeutung dieser ersten Rede einer weiblichen Abgeordneten veröffentlichen wir sie an dieser Stelle in ihrem Wortlaut nach dem amtlichen Stenogramm.

Juchacz, Abgeordnete. Meine Herren und Damen! (Seiterteil.) Es ist das erstemal, daß in Deutschland die Frau als Freie und Gleiche im Parlament zum Worte sprechen darf, und ich möchte hier feststellen, und zwar ganz objektiv, daß es die Revolution gewesen ist, die auch in Deutschland die alten Vorurteile überwinden hat. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die Frauen besitzen heute das ihnen zustehende Recht der Staatsbürgerinnen. Gemäß ihrer

Weltanschauung konnte und durfte eine vom Volke beauftragte sozialistische Regierung nicht anders handeln, wie sie gehandelt hat. Sie hat getan, was sie tun mußte, als sie bei der Vorbereitung dieser Versammlung die Frauen als gleichberechtigte Staatsbürgerinnen anerkannte. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Ich möchte hier feststellen und glaube damit im Einverständnis vieler zu sprechen, daß wir deutschen Frauen dieser Regierung nicht etwa in dem althergebrachten Sinne Dank schuldig sind. Was diese Regierung getan hat, das war eine Selbstverständlichkeit: sie hat den Frauen gegeben, was ihnen bis dahin zu Unrecht vorenthalten worden ist. (Sehr richtig! bei den Soz.) Wollte die Regierung eine demokratische Verfassung vorbereiten, dann gehörte zu dieser Vorbereitung das Volk, das ganze Volk in seiner Vertretung. Die Männer, die dem weiblichen Teile der deutschen Bevölkerung das bisher zu Unrecht vorenthalte Staatsbürgerrecht gegeben haben, haben damit eine für jeden gerecht denkenden Menschen und für jeden Demokraten selbstverständliche Pflicht erfüllt. Unsere Pflicht aber ist es, hier anzusprechen, was für immer in den Annalen der Geschichte festgehalten werden wird, daß es die erste sozialdemokratische Regierung gewesen ist, die ein Ende gemacht hat mit der politischen Unmündigkeit der deutschen Frau. (Bravo! bei den Soz.)

Durch die politische Gleichstellung ist nun meinem Geschlecht die Möglichkeit gegeben zur vollen Entfaltung seiner Kräfte. Mit Recht wird man erst jetzt von einem neuen Deutschland sprechen können und von der Souveränität des ganzen Volkes. Durch diese volle Demokratie ist aber auch zum Ausdruck gebracht worden, daß die Politik in Zukunft kein Handwerk sein soll. Scharfes, kluges Denken, ruhiges Abwägen und warmes menschliches Fühlen gehören zusammen in einer vom ganzen Volke gewählten Körperschaft, in der über das zukünftige Wohl und Wehe des ganzen Volkes entschieden werden soll.

Der Herr Ministerpräsident hat in seinem Regierungsprogramm einen Ausblick gegeben für unser Arbeiten in der Zukunft. Er hat aber auch zu gleicher Zeit einen besonderen Ausblick gegeben für das Wirken der Frauen im neuen Deutschland. Er hat uns weite hoffnungsvolle Perspektiven gegeben für unser Arbeiten. Ich möchte hier sagen, daß die Frauenfrage, so wie sie jetzt in Deutschland, in ihrem alten Sinne nicht mehr besteht (Sehr richtig! bei den Soz.), daß sie gelöst ist. Wir werden es nicht mehr nötig haben, mit Versammlungen, mit Resolutionen, mit Eingaben um unser Recht zu kämpfen. Der politische Kampf, der immer bestehen bleiben wird, wird sich von nun an in anderen Formen abspielen. Innerhalb des durch Weltanschauung und selbstgewählte Parteigruppierung gezogenen Rahmens haben wir Frauen nunmehr Gelegenheit, unsere Kräfte auswirken zu lassen.

Aber damit begeben wir uns nun keineswegs des Rechtes, andersgeartete Menschen, weibliche Menschen zu sein. Es wird uns nicht einfallen, unser Frauentum zu verleugnen, weil wir in die politische Arena getreten sind und für die Rechte des Volkes mitkämpfen. (Bravo! bei den Soz.) Kein Punkt des neuen Regierungsprogramms ist da, an dem wir sozialdemokratischen Frauen ohne Interesse wären.

Ich begrüße es ganz besonders, daß im Regierungsprogramm bekundet wird, daß auch das Verwaltungswesen demokratisiert werden soll, so daß in Zukunft den Frauen auch Gelegenheit ge-

geben sein wird, mit in alle offenstehende Ämter einzutreten. (Sehr richtig! links.) Ich betrachte den Punkt des Arbeitsprogramms, der da sagt: Heranziehung der Frauen zum öffentlichen Dienst entsprechend den auf allen Gebieten vermehrten Frauenaufgaben, nur als eine Konsequenz des jetzt gegebenen Zustandes. (Sehr richtig! links.) Ich bringe diesem Passus durchaus kein Mißtrauen entgegen, sondern betrachte es als eine Selbstverständlichkeit, daß auch in der neuen Verfassung, die wir mit schaffen helfen werden, die Frau als gleichberechtigte und freie Staatsbürgerin neben dem Manne stehen wird. Ich wünsche ganz besonders, daß bei den jetzt schon fälligen Aufgaben im Verwaltungswesen die Frauen mit herangezogen werden, und denke dabei in allererster Linie an eine Stelle, die nach meinem Dafürhalten im Arbeitsamt des Reiches eingerichtet werden müßte, wo Frauen selbständig arbeiten bei der Witwen- und Waisenfürsorge, bei der Regelung der Fürsorge für Kriegshinterbliebene. (Sehr richtig! bei den Soz.) Das ist ein Gebiet, in welches die Frauen einfach hineinpassen und hineingehören nach ihrer ganzen Veranlagung und wo sie für das Wohl des Volkes Ersprießliches leisten können.

Wir Frauen werden mit ganz besonderem Eifer tätig sein auf dem Gebiet des Schulwesens, auf dem Gebiet der allgemeinen Volksbildung, und ich glaube, hier aussprechen zu dürfen, daß die Mütter es ganz besonders begrüßen müssen, daß auch nun wir Frauen Gelegenheit haben werden, unsere Kinder den Bildungsanstalten zuzuführen, welche das neue Deutschland ihnen öffnen wird.

Die gesamte Sozialpolitik überhaupt, einschließlich des Mutter-schutzes, der Säuglings- und Kinderfürsorge, wird im weitesten Sinne Spezialgebiet der Frauen sein müssen. Die Wohnungsfrage, die Volksgesundheit, die Jugendpflege, die Arbeitslosenfürsorge sind Gebiete, an denen das weibliche Geschlecht besonders interessiert ist und für welche das weibliche Geschlecht ganz besonders geeignet ist. (Sehr richtig! links.)

Hier möchte ich einfließen und glaube, damit einem Wunsche weiter großer Kreise Ausdruck zu geben: es ist jetzt schon im Moment bitter notwendig, daß die Bezüge unserer Alters- und Invalidenrentner aufgebessert werden. (Sehr richtig! links.) Es ist absolut keine Kategorie von Menschen da, die so unter der Last des Krieges, unter dem Elend, den Folgeerscheinungen des Krieges leiden muß wie diese Ärmsten und Bedauernswerten. (Erneute Zustimmung links.) An einem gesunden Aufbau unseres Wirtschaftslebens sind wir Frauen gleichermaßen interessiert wie die Männer, und jede einzelne Frau wird in ihrer Parteigruppe nach ihrer Weltanschauung das Beste dazu geben, daß wir wieder zu einer Gesundung unseres Wirtschaftslebens kommen. Wissen doch gerade wir Frauen und Mütter am besten, was auf dem Spiele steht, wenn es uns nicht gelingt, uns wieder aus diesem Elend zu erheben, in dem wir uns jetzt befinden. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Wir Frauen sind uns sehr bewußt, daß in zivilrechtlicher wie auch in wirtschaftlicher Beziehung die Frauen noch lange nicht die Gleichberechtigten sind. Wir wissen, daß hier noch mit sehr vielen Dingen der Vergangenheit aufzuräumen ist, die nicht von heute auf morgen aus der Welt zu schaffen sind. Es wird hier angestrengtester und zielbewußtester Arbeit bedürfen, um den Frauen im staatsrechtlichen und wirtschaftlichen Leben zu der Stellung zu verhelfen, die ihnen zukommt.

Zu all diesen Dingen, die wir uns vorstellen, hat die Umgestaltung unserer Staatsform zur Demokratie uns die Wege geöffnet. Jetzt heißt es, diese Wege zu beschreiten und das zu schaffen, was zum Glück unseres Volkes in der Zukunft notwendig ist. Zum Glück dieses Volkes, zur vollen Befreiung des Volkes ist aber notwendig, daß alle Parteien wissen, worauf es in jeder Stunde ankommt, und da möchte ich ganz besonders sagen, daß wir den Zug der Zeit nicht aufhalten dürfen, daß wir nicht bremsen dürfen, sondern immer mit vorwärtsschreiten müssen, daß wir den Strömungen der Zeit ein psychologisches Verständnis entgegenbringen müssen. Diese Strömungen, die aus der wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung geboren werden, sind lange genug mit Gewalt, mit starrer Gewalt, die in unserem alten System wurzelte, zurückgehalten worden und konnten nicht zur Entfaltung kommen, bis es explodierte.

Es ist hier in der politischen Debatte so manches gesagt worden, was mich zum Widerspruch reizte und zum Nachdenken gebracht hat. Herr Graf v. Posadowsky hat zum Beispiel hier die Frage gestellt: Was ist unter Junkerherrschaft zu verstehen? (Lachen bei den Soz.) Das weiß alle Welt (Sehr richtig! bei den Soz.) mit Ausnahme einer ganz kleinen Gruppe, die sich bisher gegen dieses

**Kummer, der das Mark verzehret,
Raub, der Hab und Gut verheeret,
Jammer, der den Sinn verkehret,
Elend, das den Leib beschweret,
Grausamkeit, die Unrecht lehret,
Sind die Frucht, die Krieg gewähret.**

Eogau, Deutsche Sinngedichte.

Wissen verschlossen hat. (Erneute Zustimmung bei den Soz.) Ich möchte Herrn Graf v. Posadowsky-Behner den Rat geben, einmal bei den deutschen Frauen anzufragen, was man unter den Junkern bisher in Deutschland verstanden hat und auch noch heute versteht. Dieses freieste Wahlrecht, unter dem diese Nationalversammlung gewählt worden ist, hat die Stärke der Gruppe des Herrn Grafen v. Posadowsky und seiner Freunde gezeigt, und wir alle wissen — und es hat mich gewundert, daß es niemand bisher hier gesagt hat —, daß auch unter dem demokratischen Wahlrecht zum Deutschen Reichstag es nicht möglich gewesen ist, der Volksmehrheit so zu ihrem Rechte zu verhelfen, wie es eigentlich hätte sein müssen, weil unsere Auffassung das nicht zugelassen hat. Der Einfluß der Junker war stets stärker, als er ihnen zahlenmäßig gebührte. (Stufe des Präsidenten.)

Es ist weiter von Herrn Graf v. Posadowsky gefragt worden, warum wir uns diesen Waffenstillstand haben gefallen lassen. Die Antwort ist bisher in diesem Hause schon gegeben worden, aber ganz kurz will ich meine Meinung dazu sagen. Der Herr Graf v. Posadowsky und seine Freunde wissen ganz genau, warum wir uns diesen Waffenstillstand gefallen lassen müssen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Weil dieser Krieg durch ihre Politik bis zum moralischen Zusammenbruch unseres Volkes geführt hat. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz. — Zurufe rechts: Weltrevolution! Und die Revolution! Ja, meine Herren, Sie werden diese Revolution nicht verstehen, Sie werden sie niemals buchen als das, was sie ist, eine geschichtliche Tatsache, die herausmachen mußte aus den Verhältnissen, zu denen Sie getrieben haben. (Zustimmung bei den Soz. — Zurufe rechts.)

Wilson's Urteil früherer Zeit ist hier angeführt worden. Warum wird es denn nicht in Vergleich gestellt mit dem, was Wilson jetzt sagt? Das ist doch das Maßgebende, daß er nicht verhandeln und nicht Frieden schließen wollte mit einer Regierung, die nicht aus der Demokratie hervorgegangen ist. (Sehr gut! bei den Soz. — Zurufe rechts.) Nicht, was vor Jahren gesagt worden ist, sondern was gesagt wurde mit Bezug auf die heutigen Zustände, das ist das Maßgebende, nach dem man sich richten muß.

Es ist die Frage gestellt worden, woher denn plötzlich die vielen Feinde gekommen seien, mit denen Deutschland zu rechnen hatte. Es ist gesagt worden, der Deutsche sei vor dem Kriege geehrt und geachtet gewesen. Ja, eine Gegenfrage: War das nicht Selbsttäuschung, sind diese Feinde nun plötzlich aus dem Boden herausgewachsen, nachdem der Krieg da war, oder ist es nicht vielleicht so, daß das, was gedacht und gefühlt worden ist, nunmehr zum Ausdruck kam? Preußen-Deutschland hatte keine Sympathien im Ausland (Sehr richtig! bei den Soz.), das hat uns der Krieg gezeigt. Wenn wir dafür sorgen helfen, daß Deutschland wieder zu vernünftigen Zuständen kommt, daß Deutschland wieder das Land wird, in dem alle seine Bewohner Gerechtigkeit genießen und sich wohlfühlen können, wenn wir auf Grund demokratischer Verhältnisse zu anderen Zuständen kommen, als wir sie heute haben (ironische Zurufe rechts: Sehr richtig!), vielleicht ist es dann einmal möglich, eine geachtete Stellung im Ausland zu bekommen (Zurufe rechts), aber mit einer ganz anderen Politik, als sie unter dem alten Regiment mit Ihrer Hilfe gemacht worden ist. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Herr Graf Posadowsky sagte, die staatliche Ordnung wäre jetzt gestört, alle öffentliche Ordnung läge darnieder, Mord, Raub, Plünderung, Diebstahl, Verbrechen aller Art wären an der Tagesordnung. (Lebhafte Zurufe: Sehr richtig! rechts.) Wie war es denn im Kriege? Hat denn das alte Regiment vermeiden können, daß täglich neue Plakate an die Lifafsäulen unserer Großstädte geschlagen wurden, worin 100 000, 50 000, 20 000 und 10 000 Mark Belohnung ausgesetzt wurden für Diebe, Räuber, Mörder aller Art. Ist das eine Erscheinung, die erst jetzt aus den revolutionären Zuständen herausgewachsen ist, oder ist es nicht vielleicht so, daß wir all diese schlimmen Zustände infolge des Kriegselends bekommen haben? (Sehr richtig! bei den Soz.) Schon zu Anfang des Krieges und während der Kriegsjahre sind ganze Postzüge

ausgeraubt worden, und es ist begreiflicherweise nicht alles, was geschehen ist, in die Zeitungen gekommen. Aber all das ist unter dem alten Regiment geschehen. Ich verwahre mich von vornherein ganz stark dagegen, daß ich etwa unsere Beamtenschaft verunglimpfe, wenn ich hier feststelle, daß auch Beamte an dieser Ausplünderung ganzer Eisenbahnwaggons mit beteiligt waren. Ich will nur feststellen, daß sich auch unter dem alten Regiment Raub, Mord, Diebstahl und Verbrechen aller Art in so erschreckender Weise gehäuft haben (Sehr wahr! bei den Soz. — Widerspruch rechts), daß wir wirklich nicht mit Stolz auf die vier Kriegsjahre zurückblicken können.

Ich werte alle diese Erscheinungen rein menschlich; sie sind geboren aus der Not und dem Elend des Volkes. Der Krieg ist kein Jungbrunnen der Moral. (Sehr richtig! bei den Soz.) Physisch und moralisch hat das Volk unter diesem Kriege ganz ungeheuer gelitten und leidet heute noch unter seinen Folgeerscheinungen. Deshalb soll man nicht wie ein Philister über die verschiedensten Taten, die uns nicht gefallen, herziehen. Man soll von ihnen sprechen und auf Abhilfe sinnen.

Von dem Herrn Grafen v. Posadowsky wurde auch die Unterdrückung der Presse als etwas ganz Neues angeführt. Wir billigen die Unterdrückung der Presse von heute durchaus nicht; das brauche ich nicht besonders festzustellen. Aber wo war denn die Pressefreiheit während des Krieges? (Sehr gut! bei den Soz.) Wer erinnert sich nicht der endlosen Zensurdebatten, die wir bis zum Überdruß in den Zeitungen gelesen haben. Wir haben niemals einen Erfolg der vielen Proteste zu sehen bekommen, bis das alte System zusammengebrochen ist. So lange hatten wir auch die schimpflichste Anhebung der Presse auch in politischer Beziehung. (Zurufe rechts: In den anderen Ländern war es schlimmer!) Die Zeitungen der verschiedensten Richtungen, auch die Zeitungen Ihrer Partei (nach rechts) haben ja bitter darüber Klage geführt. Deshalb mutet es heute ganz besonders an, wenn gerade Herr Graf v. Posadowsky als Ihr Vertreter sich über die Anhebung der Presse beklagt. Wir stellen die Freiheit der Presse und die Freiheit der Versammlungen über alles. Während des Krieges aber ist es hundertfach vorgekommen, daß auch Abgeordnete des Reichstags aufgefordert wurden, die Manuskripte ihrer Vorträge in Versammlungen einzureichen, und daß sie mit einer Unmenge behördlicher Schikanen kämpfen mußten. (Zustimmung bei den Soz.) Dem Tüchtigsten freie Bahn, das ist die Parole, die wir auch zu jeder Zeit anerkennen. Aber es ist in Preußen-Deutschland nicht

so gewesen, wie der Herr Graf v. Posadowsky es hier hat hinstellen wollen. Wo waren denn die sozialdemokratischen Schöffen und Geschworenen, wo hatte man den sozialdemokratischen Lehrer gefunden in dem Lande, in dem nicht einmal ein sozialdemokratischer Nachtwächter angestellt werden konnte. Ein Aufatmen ist durch die Reihen der Beamtenschaft und der Lehrer am 9. November gegangen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Das können wir am allerbesten beurteilen. Die Tausende von Zuschriften, die wir bekommen haben, die vielen Anmeldungen für unsere Bewegung (Sehr richtig! bei den Soz.), die wir aus diesen Kreisen erhalten haben, sind uns ein Beweis, und das Gros der Beamtenschaft zweifelt gar nicht daran, daß sie unter der neuen Regierung und unter dem neuen System sich zweifellos in Zukunft auch wirtschaftlich besserstellen werden. Die Sozialdemokratie hat es in der Zeit ihres Wirkens, schon bevor sie eine solche Machtstellung eingenommen hat wie heute, bewiesen, daß sie die Interessen der Beamtenschaft wohl zu wahren weiß. (Sehr richtig! bei den Soz.) Ähnlich verhält es sich mit dem Mittelstand. Die Beamtenschaft ist politisch geknebelt worden, und die warmen Befürworter des Mittelstandes, sie haben ihre Machtstellung in der Vergangenheit mit dazu benützt, auch den Mittelstand vor ihren Wagen zu spannen, indem sie ihn wirtschaftlich in Fesseln schlugen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die einfachen und mittleren Verhältnisse, aus denen die höheren Staatsbeamten hervorgegangen sind, mit denen ist es auch nicht allzuweit her. Ich habe nicht oft davon gehört, daß Söhne und Töchter von Arbeitern und Tagelöhnern in höhere staatliche Dienste genommen worden wären. (Widerspruch rechts und Auf: Beispiele.) Welche Geheimräte, welche Landräte, welche Regierungspräsidenten, welche Staatssekretäre und Minister sind denn unter dem alten System aus so einfachen Verhältnissen hervorgegangen? Können Sie solche nennen? Ich bezweifle es. Hatten wir Offiziere aus Arbeiterkreisen? Nein, die hatten wir nicht. (Rufe rechts: Giesberts, Erzberger. — Heiterkeit.) Es ist ja wunderbar, wie wir jetzt von allen Seiten Helfershelfer für die sozialpolitischen Arbeiten bekommen, nur sieht man bei all den Vorschlägen, die Sie (nach rechts) machen, sehr den Pferdeschuh. Es ist der ganzen Welt bekannt, daß es in unserem sozialpolitischen Leben immer so gewesen ist, daß es uns nicht genug war, was geschehen, aber Ihnen (nach rechts) stets zuviel. (Sehr richtig! bei den Soz.) Wir Frauen können uns ja dessen nur freuen, wenn Sie jetzt plötzlich den Gang verspüren, fruchtbare sozialpolitische Arbeit zu leisten. Wir können dabei ja gar nicht ge-

Feuilleton

Vergänglich sind der Erde reichste Gaben,
Nur, was wir außer dem Gebiet der Zeit
Gewirkt als Geister auf die Geister haben,
Das währet und bleibt in alle Ewigkeit.

Goethe.

Betrachtungen einer Frau vor dem Wahllokal.

Schon früh am Morgen, wie es ja auch sein soll, kamen die ersten Wählerinnen. Meist Arbeiterinnen, Hausfrauen, die zumeist an der Seite ihrer Ehemänner erschienen, um gemeinschaftlich mit ihnen das Wahllokal zu betreten. Mit Stimmzetteln sind sie meist schon alle versehen.

Gegen zehn Uhr treten die sogenannten „besseren“ Leute an. Ebenfalls meist paarweise, unsere Stimmzettel lehnen sie alle dankend ab; ohne nach rechts oder links zu schauen, steuern sie auf das Wahllokal zu.

So bleibt es ungefähr bis mittags, dann stockt der Verkehr fast gänzlich. Um zwei Uhr nachmittags setzt er wieder ein. Jetzt kommen die Frauen der „kleinen“ Leute. Meist sind sie allein, weil der Mann schon am Morgen seine Stimme abgab und jetzt die Kinder hütet, indessen die Frau wählen geht. Diese Frauen sind meist schon aufgeklärt, lachend erläutern sie uns, schon den richtigen Stimmzettel zu haben.

Dazwischen aber kommt bedächtig eine Bürgerin des Weges, sie ist noch vollständig im unklaren, für welche Partei sie sich entscheiden soll. Ein Genosse hält ihr einen halbstündigen Vortrag über die verschiedenen Parteien, sie hört aufmerksam zu, weiß aber noch immer nicht, „was sie machen soll“. Endlich nimmt sie unseren Stimmzettel — und geht wieder da-

mit nach Hause, um erst nochmal den Mann um Rat zu fragen.

Die Uhr ist indessen vier Uhr geworden, nun kommen die Dienstmädler, einige in Gesellschaft ihrer Mütter — sie nicken uns zu: „Alles richtig, wir wissen schon Bescheid.“

Anderere wieder, mit hochnützig klug sein sollenden Gesichtern, lehnen dankend ab, als wir ihnen die Liste der Mehrheitssozialisten empfehlen. Sie halten den Zettel, den die Herrschaft ihnen gab, fest wie einen Talisman und verschwinden damit im Allerheiligsten. Ebenso kalt und klug gehen sie davon.

Wir beobachten, daß ein Dienstmädchen sogar von der Herrschaft sehr zuvorkommend bis vors Wahllokal begleitet wird. Und dies Mädchen wagt fast nicht aufzusehen, einzig dem Zettel in der Hand gilt ihr Denken und Handeln. Nur ja keinen anderen annehmen, damit dieser nicht verwechselt wird.

Eine andere wieder, ein frisches junges Geschöpf, kommt mit einem Ernst, einer Gewichtigkeit daher, nimmt den ersten besten Stimmzettel, den man ihr reicht, wirft aber keinen Blick darauf, lehnt alle anderen dankend ab und eilt, ihn in die Urne zu versenken.

Dann kommt ein altes Mütterchen mit hagerem bleichem Gesicht und ärmlicher Kleidung daher, sie wird geführt von einem kleinen Mädchen. Als diese Frau mit müden Schritten näher kommt, sehen wir, daß sie fast blind ist. Unsicher steht sie da und weiß nicht, was sie mit all den Zetteln anfangen soll, die man ihr in die Hand steckt. Eine Genossin nimmt sich ihrer an und fragt, ob sie vielleicht die Liste der Mehrheitssozialisten wünsche. Da verschönt ein Lächeln ihr müdes Angesicht: „Ja ja, das war es grade, was ich wollte.“ Und fest hält sie den Zettel und folgt dem Kinde, das sie ins Wahllokal führt.

nügend Bundesgenossen bekommen. Wenn alle Parteien bis zum äußersten rechten Winkel hier den starken Willen zur Sozialpolitik bekunden, dann kann es ja mit dieser Fortentwicklung in Deutschland nicht schlecht bestellt sein. Ganz ... mutete es mich an, als an die bürgerlichen Parteien hier von dem Herrn Grafen das Ersuchen zum Zusammenschluß gerichtet wurde, nach einem so starken Bekenntnis zur Monarchie. Ich habe die Ansicht, daß es ganz konsequent ist nach diesem starken Bekenntnis zur Monarchie, wie es hier abgelegt worden ist, daß Ihre Partei isoliert bleiben muß in diesem Hause. Es ist selbstverständlich Sache der bürgerlichen Parteien selbst, sich gerade dazu zu äußern, aber ich möchte hierbei doch sagen, daß es ganz komisch anmutete, und zwar noch es sehr stark nach der alten Kampfmaxime gegen die Sozialdemokratie. Ich bin überzeugt, daß Sie sich keinen Augenblick bedenken würden, diese große Mehrheit des deutschen Volkes auch heute noch nach dem alten Muster zu vergewaltigen, wenn Sie dazu die Macht hätten. (Sehr wahr! bei den Soz.) Ich möchte noch einiges andere sagen. Es ist hier von Herrn Haase einiges über die Politik der Unabhängigen Sozialdemokratie ausgesprochen worden. Nach seinem Dafürhalten müssen wir Deutsche stillhalten unter allen Umständen, auch wenn wir sehen, daß — und ich gebrauche mit Absicht dieses so viel benutzte Schlagwort — die Errungenschaften der Revolution kaputtgemacht werden, daß Pressefreiheit und Freiheit der Staatsbürger, Versammlungsfreiheit vernichtet werden, daß der Demokratie mit Maschinengewehren und bedrohlichen Umständen das Grab gegraben wird. Dazu haben wir nicht den Willen; das Bekenntnis zur Demokratie, welches ich im Anfang meiner Ausführungen hier für uns abgelegt habe, verbietet es uns und macht es uns grundsätzlich zur Unmöglichkeit, die Wege einzuschlagen, wie sie von jener Seite beliebt werden. (Sehr richtig! und Bravo! bei den Soz.) Es muß noch einmal festgestellt werden, obwohl es schon des öfteren geschehen ist, daß die Unabhängige Sozialdemokratie die Spartakuspolitik unterstützt hat. (Sehr richtig! bei den Soz.). Ich erinnere daran, daß zwischen dem 6. und 13. Januar dieses Jahres, als die Presse in Berlin genehmelt war, die Ausrufe, die von der Spartakusgruppe, von den revolutionären Obolen und von der Unabhängigen Sozialdemokratie unterzeichnet waren, die Volksgenossen, die Arbeiter zur Bewaffnung aufgefordert haben. Ich meine, daß dieses mit dem vielen anderen zusammen genommen, was hier gesagt worden ist, die Rechtfertigung dafür abgibt, daß eine solche Politik von der Sozialdemokratie nicht gutgeheißen werden kann, weil sie all dem

widerspricht, was uns in den langen Jahren vor dieser Zeit von den Führern und Führerinnen der Unabhängigen Sozialdemokratie gesagt und gelehrt worden ist, die sich jetzt auf der anderen Seite befinden. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Es ist gesagt worden, in dem Programm der Regierung fehle jeder Tropfen Sozialismus. Darauf möchte ich erwidern, daß es heißt, die Augen vor den Realitäten des heutigen Lebens zu schließen. (Sehr richtig! bei den Soz. und den Demokraten.) Wir sind es der Arbeiterschaft einfach schuldig, eine solche Politik zu verfolgen, wie wir es heute tun, weil wir es vor der Klasse der Arbeiter, vor den Männern, Frauen und vor unseren Kindern nicht verantworten könnten, wenn wir durch eine derart verkehrte Politik, wie es von jener Seite beliebt wird, dazu beitragen würden, daß alles das, was die Arbeiterschaft in den ersten Novemberwochen sich errungen hat, die Freiheit des Staatsbürgers bis zur letzten Konsequenz wieder verschertzt würde und daß damit dem Fortschritt die Wege wieder verschlossen würden. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Die befreiten Frauen Deutschlands sollten den Söhnen, Vätern, Brüdern, Freunden, die sich in Feindesland befinden, heute hier von dieser Stelle ihre herzlichsten Grüße zursenden. (Bravo! bei den Soz.) Wir bedauern es aufs tiefste, daß noch immer deutsche Volksgenossen sich im Ausland befinden, daß sie dort die ganzen seelischen und körperlichen Qualen der Gefangenschaft durchmachen müssen, und wir bedauern die vielen Angehörigen hier in unserem armen unglücklichen Deutschland, die auch heute noch bangen müssen um ihre Lieben da draußen, denen der Krieg noch immer nicht zu Ende gegangen ist, weil sie ihre Lieben noch nicht in die Arme schließen können, weil die Frauen, die hier in Seelenqual um ihre Männer bangen, das Verlangen danach haben, all die Qual der letzten viereinhalb Jahre auszulöschen in den Herzen derer, mit denen sie verbunden sind. Das soll hier mit diesen Worten zum Ausdruck gebracht werden. Wir wollen unsere Stimme laut ertönen lassen, damit auch die Frauen in den anderen Ländern, damit die Völker der anderen Länder es hören, daß es deutsche Frauen, deutsche Männer und Frauen sind, die sich innerlich empören gegen dieses furchtbare Unrecht, das uns hier geschieht. (Lebhafte Beifall bei den Soz. und Demokraten. — Ausrufe von den Unabh. Soz.) Es ist nicht berechtigt, daß man unsere Volksgenossen uns so lange fernhält. Wir wenden uns auch hier an dieser Stelle gegen die furchtbare Blockade, die uns auch heute noch und jede Stunde mit dem Hungertod bedroht. Dieser Hunger,

Eine Kriegswitwe wünscht ebenfalls einen sozialdemokratischen Stimmzettel, aber erst müssen wir ihr versprechen, daß ihre Kinder ruhig weiter zu Jesu beten dürfen. Als wir sie über diesen Punkt aufgeklärt haben, geht sie hin und wählt mit frohem Herzen sozialdemokratisch.

Gegen Abend sind es fast nur noch Dienstaboten, die wählen kommen. Die meisten haben schon ihre Zettel von der Herrschaft, wir predigen tauben Ohren. Nur wenige lächeln pfiffig, als sie die Stimmzettel „wechseln“.

Da, kurz vor acht Uhr, kommen die letzten. Zwei Mädchen oder auch Frauen in den dreißiger Jahren sind's. Mit wehenden Federhüten, gebranntem Stirnhaar und lebensgierigen Augen. Wir reichen ihnen die Stimmzettel, sie ziehen das Portemonnaie und wollen zahlen.

„O bitte, das kostet nichts.“ Sie sehen uns blöde an.

„Is denn heute freier Eintritt hier?“

„Gewiß, hier kostet's nichts — aber nur schnell, die Uhr ist gleich acht.“

„O, wir haben Zeit, wir sind doch gewiß die ersten.“

Da ist die Reihe an uns, sie blöde anzusehen.

Im Restaurant werden die Instrumente gestimmt. Da wipen die beiden die Ohren, und ihre Nasenflügel heben.

„Na siehste, Wieze, es is Tanz hier,“ triumphiert die eine.

Da geht uns ein Licht auf. Diese beiden, sie haben den Stimmzettel für ein Eintrittsbillet zum Tanzvergnügen gehalten. Da muß man lachen, trotzdem einem bei stundenlangem Stehen in schneidender Kälte schon das Lachen vergehen konnte. Wir fragen sie, ob sie denn schon gewählt haben und ob dieses ihr Wahllokal sei. Sie sehen uns dumm an:

„Wählen? Stimmzettel? Was is das? Davon wissen wir nichts.“ — So geschehen nach viereinhalb Jahren Weltkrieg!

Anna Mosgaard.

Hauswirtschaftliches

Note-Rüben-Suppe. In manchen Orten ist Note-Rüben-Suppe ein wenig bekanntes Gericht. Wohl werden eingelegte rote Rüben häufig gegessen. Aber was nützen die eingelegten lederen Rübenschnitzchen, wenn das Fleisch, die Beilage, dazu fehlt? In Ostpreußen, wo alles Gemüse vorwiegend „suppig“ gekocht wird, ist besonders auch die Note-Rüben- oder Bartsch-Suppe ein beliebtes Gericht.

Die roten Rüben oder rote Beete werden sauber gewaschen und abgewaschen in Wasser weichgekocht. Nach dem Erkalten reibt man die Knollen auf einem Reibeisen. Die rote Brühe wird darauf gegossen, etwas gemahlene Graupen, Grießmehl, es kann auch anderes Mehl sein, je nachdem, was man jetzt gerade zum „Bindigmachen“ hat, wird dazu getan. Ein wenig Essig, eine Prise Salz, etwas Zucker machen die Suppe schmackhaft. In Friedenszeiten goß man ein wenig Fleischbrühe dazu. Oder aber noch leckerer wurde die Suppe durch Fleischklößchen, die aus gehacktem Schweine- und Rindfleisch geformt und mitgekocht wurden. Heute muß man sich leider mit einem Stück — Margarine, wenn's „Glück uns besonders günstig“ vielleicht auch ein „Medtschen“ Butter begnügen. Frischgekochte Salzkartoffeln vervollständigen die Mahlzeit.

Pferdefleisch. Wer von uns hat das Vorurteil, das gegen Pferdefleisch bisher vorherrschte, schon ganz überwunden? Ich glaube, es wird dies schon eine ansehnliche Anzahl von Menschen sein. Denn was bleibt uns übrig? Auf so lange Dauer fast ganz auf Fleischgenuß zu verzichten, ist schwer, zumal wir an Fischen und anderen Lebensmitteln einen so erheblichen Mangel haben.

In manchen Orten bemühen sich die Gemeinden mit Erfolg, Pferdefleisch einzuführen. Da werden Speisehäuser errichtet, in denen das Fleisch, in verschiedenster Form zubereitet, für verhältnismäßig billiges Geld zu haben ist.

Ich wurde mit Pferdefleisch in folgender Zubereitung bekannt: Gekochtes Pferdefleisch wird fein gehackt oder noch besser durch die

der schon so viele unserer Volksgenossen hingerafft hat, weicht auch heute noch nicht von unserer Seite, trotzdem der Friede vor der Türe stehen sollte und trotzdem der Völkerhaß heute schweigen müßte, und es ist das Furchtbarste, was die Entente sich heute in dieser Stunde noch zuschulden kommen läßt, daß sie dieses wehrlose deutsche Volk auch noch weiter dem Hunger überliefert, nachdem sie viereinhalb Jahre und länger diese Blockade aufrecht erhalten hat.

Unser einziger wirtschaftlicher Reichtum ist unsere Arbeitskraft. Nur vermöge dieser Arbeitskraft und ihrer Anwendung ist es möglich, uns wieder aus diesem tiefen Elend zu erheben. Aber wenn man uns nicht die Nahrungsmittel und unserer Industrie nicht die Rohstoffe gibt, wenn man uns nicht in anderer Weise durch Gewährung von Kredit und anderen Hilfsmitteln entgegenkommt, dann macht man uns dieses Aufstehen so bitter schwer, und die Völker der ganzen Welt benachteiligen sich selbst. Denn was ein Volk leistet in der Welt, kommt dem anderen zugute. (Sehr richtig! bei den Mehrheitsparteien.) Genau so, wie der einzelne Mensch arbeiten muß, um die Volkskraft zu stärken in dem Lande, dem er angehört, so sollten auch die Völker zusammenwirken zu ihrem eigenen Wohl und Besten. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Am Donnerstag, dem 20. Februar kam als die Rednerin der U. S. P. Luise Zieg zum Wort. Wir bedauern, über die Rede dieser an sich klugen und tüchtigen Frau kein freundliches Wort sagen zu können. Luise Zieg neigte schon in den normalen Zeiten vor dem Kriege zur Übertreibung, sie liebte die Superlative und starke Unterstreichungen. In den Jahren des Krieges und in den Monaten der Revolution, wo ohnehin alles aus dem Gefüge geraten ist und die ganze Welt nur noch aus Superlativen des Gewalttätigen und Ungeheuerlichen zu bestehen scheint, kann Luise Zieg aus dem Vollen schöpfen. Und sie tut es! Man merkt es ihr an, mit welchem Behagen sie von Anfang bis Ende in schäumender Entrüstung tobt, wie sie selbst die unbedeutendsten Dinge durch übertreibende Worte ins Große zu ziehen sucht, und wie ihr dadurch für wirklich große Dinge keinerlei sachliche Steigerung mehr übrigbleibt, so daß sie Stimmaufwand, theatralisches Pathos und wilde Schimpfworte zu Hilfe nehmen muß.

Fleischmaschine gemahlen. Dann wird das Fleisch mit fein gehackten Zwiebeln, Pfeffer und Salz oder auch nur Salz, wenn der Pfeffer zu teuer ist, ordentlich vermischt. (Ein wenig Paprikapfeffer, der billiger ist, ist zu empfehlen.) Zuerst wußte ich nicht, daß es Rohfleisch ist. Nachdem ich aber versichert hatte, daß es mir vorzüglich schmeckte, verriet mir die Gastgeberin, „wos Fleisch es Kind dies wäre“. Darauf ließ ich mir noch etwas geben, „denn es schmeckte gar so gut“.

Leider sind in manchen Städten jetzt auch die Rohschlachterläden ebenso vereinsamt wie die Rinder- und Schweinemehlgereien, seitdem das Publikum „auf den Geschmack“ gekommen ist. Jedenfalls könnte ich allen Hausfrauen, die „dazu kommen“, nur raten, sich mit Pferdefleisch zu befreunden.

Man kann ja Pech haben, wenn man zufällig ein Stück Fleisch von einem alten abgedienten Klepper erwischt. Das ist dann ebenso zäh wie ein Stück altes Rindfleisch, das nicht „klein zu kriegen“ ist. Wer sich von dem Vorurteil gegen das Pferdefleisch erst freigemacht hat, wird dasselbe ebenso gern kaufen wie Kaninchen, vor denen man in guten Zeiten auch „eine Scheu“ hatte. Und heute? Heute werden Kaninchen mit Vorliebe selbst von wohlhabenden Bourgeois gegessen. Für gewöhnliche Sterbliche sind allerdings auch Kaninchen nur noch besondere Festtagsbraten, wenn sie solche sich nicht selbst züchten können. Verta Wardwald.

Eingegangene Schriften.

- Baldemar Ellarj, Zwischen England und Deutschland. Band 7 der Sozialwissenschaftlichen Bibliothek. Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW 68 1918. Preis 2,50 M.
- Mahler, Die Programme der politischen Parteien in Deutschland nach dem Kriege. Vierte, umgearbeitete Auflage. Verlag von D. Gradlauer, Leipzig 1919. Preis 1,20 M.
- Dr. Erwin Ritter, Auf dem Wege zum Volksstaat. Gedanken zur Verfassung. Verlag der G. Braunschen Postbuchdruckerei, Karlsruhe 1919. Preis 2,50 M.

Schade um sie wie um die ganze Kraftanstrengung der U. S. P.! Als vorantreibender linker Flügel einer großen einigen Sozialdemokratie hätte sie Großes und Gutes leisten können. Jetzt muß sie ihre Daseinsberechtigung jeden Tag aufs neue durch wüste Anklagen gegen die Sozialdemokratie beweisen, ohne es darum doch ihren eigenen Begnern zur Linken, den bolschewistisch-spartakistischen Kommunisten recht machen zu können.

Am darauffolgenden Tage sprach als erste bürgerliche Frau Dr. Gertrud Bäumer, die Vertreterin der Demokraten. Aus dem Grunde einer erfreulich tiefen und soliden Bildung hebt sie ihre Argumente, nicht durch eintöniges Donnern und Schreien, sondern durch feine und gewählte, oft sogar zu sehr gepugnte Ausdrucksweise zieht sie den Zuhörer in ihren Bann. Sie wird in der Nationalversammlung und in der zukünftigen parlamentarischen Tätigkeit der Frau überhaupt eine jederzeit beachtete Mitarbeiterin werden.

So kann man mit dem ersten Auftreten der Frauen in der Nationalversammlung wohl zufrieden sein. Allerdings waren es Frauen, die schon lange im öffentlichen Leben als Rednerinnen tätig sind. Aber wir zweifeln nicht daran, daß die Folgezeit auch weitere Frauen auf die Rednertribüne führen wird, und daß sie alle miteinander durch die Tat beweisen, wie nützlich, ja notwendig die Verleihung der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung an die Frauen war.

Zu praktischer Arbeit.

Nachdem die Frauen in die Politik eingetreten sind, ist es notwendig, sie auch an der praktischen Arbeit im Staate teilnehmen zu lassen. Und zwar nicht nur, wie es bisher in den Gemeindevertretungen üblich war, ehrenamtlich als Kommissionsmitglieder; sondern als beamtete Mitarbeiterin in den Reichsämtern. Während des Krieges waren an den verschiedenen Kriegsämtern die Frauenreferate eingerichtet worden, und in Form solcher Frauenreferate denke ich mir auch die fernere Mitarbeit der Frauen an den Reichsämtern. Selbst-

Parvus, Die soziale Bilanz des Krieges. Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H., Berlin SW 68 1918. Preis 50 Pfg.

Im Jahre 1917 zuerst erschienen, in fünf Auflagen verbreitet und in mehrere Sprachen übersetzt, sodann bis kurz vor Ausbruch der Revolution verboten, kommt jetzt diese Schrift wieder heraus. In einem neuen Nachwort rechnet der Verfasser mit dem Oberkommandierenden in den Marken, als dem Vertreter des fluchbeladenen Militarismus, ab und deutet das System der Lüge und Bedrückung auf. Im übrigen ist die Schrift unverändert; sie ist ein historisches Dokument. Sie hat den Mut und die Einsicht gehabt, gegen den damals noch siegreichen Imperialismus den katastrophalen und ruinösen Charakter des Krieges für alle Beteiligten nachzuweisen und für den Verständigungsfrieden einzutreten. Zu der Auflage gestellt sich der blindige, auf die umfassendste Kenntnis der Tatsachen gestützte Beweis. Parvus handhabt hier in populärster Form dieselbe ökonomische Methode, als deren Meister er sich in seinen großen Werken erwiesen hat. Aus den Dingen heraus entwickelt er den Sozialismus als die einzige Rettung.

Vorfrühling.

Stürme brausten über Nacht
Und die kahlen Wipfel troffen.
Frühe war mein Herz erwacht,
Schüchtern zwischen Furcht und Hoffen.

Horch, ein trautgeschwäg'ger Ton
Dringt zu mir vom Wald hernieder.
Nisten in den Zweigen schon
Die geliebten Amseln wieder?

Dort am Weg der weiße Streif —
Zweifelnd frag ich mein Gemüte:
Ist's ein später Winterreif
Oder erste Schlehblüte?

verständlich ist, daß unter Berücksichtigung unserer Finanzlage nur die absolut notwendigen Referate geschaffen werden.

Die Unabhängigen lehnen diese Forderung ab, weil sie, wie ihre Sprecherin in der Nationalversammlung erklärte, die volle Gleichberechtigung der Frauen auch für die Besetzung aller Staatsposten verlangen.

Auch wir verlangen ganz selbstverständlich die volle Gleichberechtigung zur Mitarbeit am Wiederaufbau des Staats- und Wirtschaftslebens. Aber dieses Verlangen nützt weder den Frauen, die wir vertreten, noch dem gesamten Volke, solange wir nicht irgendwo mit der praktischen Arbeit beginnen. Solche Forderungen haben lediglich agitatorischen Wert, wenn nicht hinter ihnen der feste Wille zur Tat steht. Es werden sich immer Massen finden, die sich in ihrem Elend an schöne Worte klammern und dabei übersehen, daß dahinter nichts ist. Es ist ungeheuer bequem, immer nur zu kritisieren und schlecht zu machen, was andere tun. Es ist ungeheuer leicht, Fehler in der Arbeit anderer zu entdecken, wenn man selbst keine aufbauende Mitarbeit leistet und infolgedessen auch keine Fehler begehen kann. Aber es ist Demagogie, den Massen zu erzählen, wie alles sein könnte, wenn man selbst nicht den Willen hat, am Aufbau zu helfen.

Zunächst erscheint für die Frauen das Reichsarbeitsamt als die geeignete Stelle zur Mitarbeit, vor allem deshalb, weil ihm die Hinterbliebenenfürsorge unterstellt ist. Die Frau wurzelt mit ihrer ganzen Persönlichkeit in der Familie, im ureigensten Frauenleben selbst, hier sind die Quellen ihrer Kraft und ihres natürlichen sozialen Verständnisses. Deshalb wird sie auch die Nöte und Bedürfnisse der Familien, die den Ernährer verloren haben, der Frauen, die an die Stelle des Mannes als leitende und verbindende Persönlichkeit treten sollen, besser und gründlicher beurteilen können als ein Mann. Dasselbe trifft in erhöhtem Maße zu, wenn es sich um alte Eltern und verwaisete Kinder handelt.

Das ganze Arbeitsverhältnis der Frau und die Frauenarbeit werden gründlicher Umgestaltung bedürfen, und hierbei ist die praktische Mitarbeit der Frau geradezu unerlässlich. Das ungesunde Konkurrenzverhältnis der billigeren Frauenarbeit zur Männerarbeit muß ausgeschaltet werden dadurch, daß in stetiger Aufwärtsentwicklung durch eine gründliche Berufsausbildung die Frauenarbeit Qualitätsarbeit wird. Bei gleicher Leistung wird sich die Forderung der gleichen Entlohnung Geltung verschaffen; nur dadurch wird aber die ungesunde Konkurrenz ausgeschaltet. Es stehen gleichwertige Arbeitsgenossen und -genossinnen da, die das gleiche Ziel: die Verbesserung der Lebenshaltung, die Befriedigung geistiger Kulturansprüche anstreben. Diese Qualitätsarbeiterin wird aber auch den Organisationsgedanken als eine Selbstverständlichkeit aufnehmen, sie wird in jeder Beziehung ein wertvolles Glied für die Arbeiterschaft und einen Fortschritt für sie bedeuten.

Weiter ist der Ausbau und die Durchführung der Arbeiterinnenschutzbestimmungen (Vermehrung der weiblichen Gewerbeinspektion, Fabrikpflege usw.), die Arbeitszeit, der Arbeitsnachweis, das Wohnwesen der unversehrten Arbeiterinnen und viele andere Einzelgebiete das Feld, das unbedingt von Frauen bearbeitet werden muß, wenn es der Allgemeinheit Nutzen bringen soll.

Die Verfügungen des Demobilisationsamtes haben gezeigt, daß die Mitarbeit von Frauen gefehlt hat. Es ist anscheinend zuviel Gewicht auf die Hinterbliebenenrechte als wirtschaftliche Basis gelegt worden, während die Notwendigkeit der gründlichen Berufsausbildung für Mädchen gegenüber den Knaben gar nicht in Betracht gezogen wurde.

Die Arbeiten des Demobilisationsamtes hat zum größten Teil das Reichswirtschaftsamt übernommen. Also auch hierhin gehören Frauen. Und von besonderer Wichtigkeit dürfte ihre Mitarbeit im Reichsernährungsamt sein.

Die Notwendigkeit der Mitarbeit der Frauen in diesen Reichsämtern ist unzweifelhaft. Schwieriger ist die Frage, ob genügend passende weibliche Kräfte vorhanden sein werden,

um die Stellen zu besetzen. Für mich unterliegt es keinem Zweifel, daß in der Arbeiterschaft ebensoviel tüchtige Frauen wie Männer stecken. Sie zu finden, würde auch nicht allzu schwierig sein; aber wenn diese Frauen einen Befähigungsnachweis aus früherer Tätigkeit bringen sollten, dann allerdings würden kaum einige bleiben. Die Arbeiterschaft ist wirtschaftlich nicht so gestellt, daß die Frauen sich der ehrenamtlichen Fürsorgetätigkeit widmen konnten. Hierfür kamen nur wenige in der Partei oder Gewerkschaft angestellte Frauen in Frage, und diese sind heute schwer aus ihren Stellungen zu nehmen, weil sie in den Organisationen eine Lücke lassen würden. Hunderte und Tausende von Frauen und Mädchen der Arbeiterschaft, die während des Krieges segensreiche Arbeit für die Allgemeinheit hätten leisten können, mußten schaffens ums tägliche Brot, und zwar so, daß ihnen kaum eine Stunde zum Menschsein blieb. Ich erinnere nur an die lange, schwere und gefährliche Arbeit in der Munitionsindustrie, an die Sonntagsarbeit, an die Nacharbeit. Jahrelang sahen diese Frauen kaum Himmel und Sonnenschein.

Die bürgerlichen Frauen lebten zu einem großen Teil unter anderen wirtschaftlichen Bedingungen. Sie konnten in ehrenamtlicher Tätigkeit den Befähigungsnachweis erbringen, ihre Führerinnen hatten die Referate an den Kriegsämtern inne, dank der theoretischen Studien, dank ihrem ganzen Bildungs- und Werdegang.

Würde also die Besetzung der Frauenstellen in den Reichsämtern nach bisheriger Tätigkeit und Leistung in ähnlichen Stellen vorgenommen werden, so würde kaum eine Frau der Arbeiterschaft, also der absoluten Praxis dazu kommen. Das wäre unendlich bedauerlich im Interesse der Arbeiterschaft selbst.

Von neuem aber ergibt sich die Forderung, die ich stets, leider mit wenig Erfolg, erhoben habe: daß die ehrenamtliche Tätigkeit beseitigt und jede Arbeit bezahlt werden muß. Erst dann wird es möglich sein, daß auch aus der weiblichen Arbeiterschaft die Kräfte ans Licht kommen, die wir zur Mitarbeit in unserem neuen Staatswesen notwendig gebrauchen.

Mara Bohm-Schuch.

Zuziehung von Frauen zur Friedenskonferenz.

An die verfassunggebende deutsche Nationalversammlung in Weimar richtet der Deutsche Reichsverband für Frauenstimmrecht, bestehend aus 11 Landesvereinen mit 85 Ortsgruppen, die Bitte: dafür Sorge zu tragen, daß zu der für die allgemeine Friedenskonferenz zu entsendenden deutschen Delegation auch geeignete Frauen zugezogen werden.

In der Begründung heißt es: „Die Beteiligung von weiblichen Delegierten entspräche nicht nur der durch die Revolution geschaffenen, durch den Entwurf der neuen Reichsverfassung gewährleisteten politischen Gleichberechtigung der Frau mit dem Manne — wir glauben auch, daß die besondere Naturanlage der Frau, ihr sicherer praktischer Blick, ihr schnelles Erfassen einer Situation, ihre Menschenkenntnis, ihre Gabe zu verfühnen, Gegensätze zu mildern und auszugleichen, sie ganz besonders zu dieser Aufgabe befähigen, daher auch bei einer solchen Gelegenheit nicht ausgeschaltet, sondern im Dienst des Vaterlandes zur Geltung gebracht und nutzbar gemacht werden sollten. Wir verschließen uns keineswegs der Tatsache, daß die deutschen Frauen, die bis jetzt von jedem direkten politischen Einfluß ausgeschlossen waren, sich in bezug auf die offizielle äußere Politik noch in keiner Weise betätigt und keinerlei Leistungen auf diesem Gebiet aufzuweisen haben. Es erübrigt sich aber, demgegenüber auf die geschichtlich erwiesene diplomatische Begabung einzelner Frauen hinzuweisen, da wir der Ansicht sind, daß das in diesem Fall nicht in Betracht kommen und nicht maßgebend sein würde. Gilt es doch hier vor allem die Verhandlungen der bevorstehenden allgemeinen Friedenskonferenz mit einem neuen Geist zu erfüllen, wenn deren vornehmster Zweck, die Beziehungen der Nationen auf die neuen Grundlagen eines allgemeinen Völkerbundes und

eines dauernden Friedens zu stellen, erreicht werden soll. Wir meinen, daß der erhaltende, heifende mütterliche Sinn der Frauen ganz besonders dazu berufen sein würde, Träger dieses neuen Geistes in den Verhandlungen zu sein. Daß die mit dieser Mission betrauten deutschen Frauen die Würde und die Interessen des Vaterlandes nicht weniger im Auge haben würden als die männlichen Delegierten, verbürgen schon ihre während des Krieges allgemein anerkannten vaterländischen Leistungen." — Wir schließen uns namens der sozialdemokratischen Frauen diesem Wunsche durchaus an.

Die Frauenbewegung des Auslandes

Der schwedische Zweig des Internationalen Frauenausschusses für dauernden Frieden arbeitet unter der Leitung der bekannten Führerin Mathilde Widegren mit großer Energie an der Völkerverständigung. Wilsons Ankunft in Europa wurde durch eine große öffentliche Versammlung begangen, in der Dranting, Fogelobist und Anna Lindhagen für einen gerechten Frieden sprachen. Folgendes Telegramm wurde an Wilson gesandt: „Ihre Ankunft in Europa wird heute in Stockholm in einer Mitgliederversammlung gefeiert, in der ein tiefes Vertrauen in Ihre Mitwirkung zu dem Aufbau des neuen Rechtsstaats ausgedrückt worden ist.“

Zurzeit findet auf die Initiative des Schwedischen Frauenausschusses für dauernden Frieden in ganz Schweden eine Aktion statt, in der Unterschriften gesammelt werden für folgende Resolution:

„Die Hoffnung auf einen Rechtsfrieden ist der einzige Lichtstrahl im Weltkrieg gewesen. Alle Friedensorganisationen der ganzen Welt — unter anderen auch der Internationale Frauenausschuss für dauernden Frieden, der im Jahre 1915 auf dem Internationalen Frauentag in Haag gebildet wurde — haben Programme aufgestellt, welche durch die Forderung, daß die Nationalitätsprobleme gelöst, der Militarismus und die geheime Diplomatie abgeschafft, die internationalen Streitigkeiten in Güte oder durch schiedsrichterlichen Spruch beigelegt werden sollten, sich als Ziel aufgestellt haben, einen gerechten und dauernden Frieden zu schaffen. Der Gedanke an einen Völkerbund als Schutz gegen die Gewalt hat sich immer mehr ausgebreitet.“

Präsident Wilson hat in 14 Punkten von dem 8. Januar des Jahres 1918 und in 4 Punkten von dem 11. Februar des Jahres 1918 und in seiner Rede vom 27. September 1918 einen sammelnden Ausdruck derjenigen Meinungen gegeben, die den Rechtsfrieden und einen Völkerbund forderten. Die Regierung und eine mächtige Volkstimmung der übrigen Ententeländer haben erklärt, daß sie dieses Programm annehmen, nicht nur während der Krieg noch unentschieden war, sondern auch nach dem endgültigen Siege, und auch die Zentralmächte haben sich in ihrem Antrag der Friedensverhandlungen demselben angeschlossen.

Wir Unterzeichnete sprechen hiermit unsere Freude und Befriedigung darüber aus, daß diese Grundsätze in Wilsons Programm festgestellt worden sind. Ihre Verwirklichung würde zu einer höheren Entwicklung des Rechtszustandes und also zu einem dauernden Frieden führen. Wir sprechen deshalb die feste Zuversicht aus, daß alle guten Kräfte in allen Ländern sich vereinen mögen, diese Grundsätze zu stützen, damit ein gerechter Friedensschluß als notwendige Grundlage des dauernden Friedens das Resultat der künftigen Friedenskonferenz werde.“

Abgegebene Unterschriften: Vorstand des Vereins freisinniger Frauen; Arbeitsausschuss des Landesvereins für Frauenstimmrecht; Zentralvorstand der sozialdemokratischen Frauen; Vorstand der Gemeinorganisation der sozialdemokratischen Frauen; Vorstand des Schwedischen Lehrerinnenvereins für dauernden Frieden; Zentralvorstand des Weissen Landes.

Diese Resolution ist Wilson vor seiner Abreise nach den Vereinigten Staaten zugestellt worden.

Genossenschaftliche Rundschau

Der Einfluß der revolutionären Umwälzung auf die Entwicklung und die Stellung der Konsumgenossenschaften zeigt sich in zahlreichen Erscheinungen. Der provisorische Nationalrat des Volksstaats Bayern hat einen Antrag angenommen, dahin zu wirken, daß den genossenschaftlichen Verbrauchervereinigungen eine gesetzliche Vertretung in den Handelskammern, die zu Wirtschaftskammern mit eigenen Abteilungen ausgebaut werden sollen, eingeräumt wird. Weiter soll eine Vertretung der Konsumvereine in der Abteilung des Mini-

steriums für Industrie, Gewerbe und Handel herbeigeführt werden. In Dresden hat sich eine Konsumentenkommission für das gesamte Wirtschaftsgebiet der freien Republik Sachsen gebildet. Die Kommission hat an die Regierung unter Beifügung der von ihr beschlossenen Satzungen eine Eingabe gerichtet, in der beantragt wird: erstens die Konsumentenkommission behördlich anzuerkennen, zweitens das Ausscheiden der zur Konsumentenkommission gehörigen Organisationen aus der Zuständigkeit der sächsischen Handelskammer zu veranlassen, drittens die Errichtung eines Wirtschaftsrats zu veranlassen, in dem neben Handels- und Gewerbestämmen auch die gesamten Kammern zu gleichen Rechten vertreten sind.

Dem Zentralverband deutscher Konsumvereine ist es gelungen, eine einheitliche, gerechte Behandlung der Konsumvereine und die Einschaltung ihrer Großhandelszentralen in die behördliche Warenverteilung durchzusetzen. Der Staatssekretär des Reichsernährungsamtes hat an die sämtlichen Bundesregierungen Richtlinien verfaßt, in denen die Behandlung der Konsumvereine durch den Kommunalverband und die Einschaltung der Großeinkaufsgesellschaften geregelt ist. Danach sollen sämtliche Konsumvereine, soweit sie einen Jahresumsatz von 200 000 Mark nachweisen können, als Großhändler behandelt werden. Weiter können die Konsumvereine verlangen, daß ihnen alle zur Verteilung gelangenden Gattungen von Verteilungswaren durch die verteilenden Stellen überwiesen werden. Die Höhe der Zuteilung hat sich nach der Zahl der Mitglieder nebst ihren Angehörigen zu richten, soweit diese Mitglieder erstmalig bis zum 15. März 1919 nachweisen, daß sie bereit sind, die Waren von dem Konsumverein zu entnehmen. Schließlich wird die Einschaltung der Großeinkaufsgesellschaft durch detaillierte Bestimmungen im einzelnen geregelt. In die Landesversammlungen der einzelnen deutschen Freistaaten wurden auch zahlreiche Vertreter der Konsumgenossenschaften gewählt. Darunter befinden sich auch eine Anzahl Frauen. Unter anderen Frau Helene Wagner in Chemnitz für die sächsische Volkskammer, Fräulein Anna Simon (Brandenburg) in die deutsche Nationalversammlung, Frau Hanftat und Frau Stark in die Lübecker Bürgerchaft. Daß ein Reihe von Konsumgenossenschaftlern in die Regierungen der Freistaaten berufen wurden, ist schon bei der letzten genossenschaftlichen Rundschau berichtet worden. Auch in den Reichs-, Staats- und Gemeindebehörden sind Vertreter der Konsumgenossenschaften in steigender Zahl anzutreffen. Unter den Referenten und Abteilungsleitern des Reichsernährungsamtes sind zurzeit drei Konsumgenossenschaftler, und zwar die Genossen Mirus, Dr. Hans Staudinger und Rupprecht, tätig.

Die Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine bringt einen Vorbericht über ihre Geschäftsergebnisse im Jahre 1918. Danach ist der Gesamtumsatz von 6 407 000 Mark auf 8 175 000 Mark gestiegen. Die Zunahme des Umsatzes ist zum Teil durch die höheren Preise bedingt, jedoch konnte auch in einzelnen Abteilungen ein Mehrumsatz hinsichtlich der Mengen erreicht werden. Die Ausfichten für das Jahr 1919 erscheinen zunächst weniger günstig.

Adolf Rupprecht.

Tagebuchblätter aus Weimar.

Weimar, den 12. Februar 1919.

Es finden sich die Frauen aus allen Parteien zusammen, um eine Fassung zu schaffen für eine gemeinsame Kundgebung, die sich gegen die Hungerblockade und gegen die furchtbar wirkende Zurückbehaltung der Kriegsgefangenen richtet. Die Anregung geht von Frau Reuthaus (Zentrum) aus und findet ihren Ausdruck — nach mühseligem Verhandeln — in einer gemeinsamen Erklärung, die dem Hohen Hause als Antrag „Frau Agnes und Genossen“ zugeht. Mit bedeutamer Klarheit zeigen die Verhandlungen, daß der Boden für gemeinsame Aktionen sehr felten betreten werden kann, aber doch gangbar ist.

Da keine Plenarsitzung ist, tagt fast ununterbrochen die Fraktion. Die Meinung der Redner, die in der ersten großen Debatte für die Partei sprechen sollen, und das Arbeitsprogramm der Regierung bilden reichen Arbeitsstoff.

Weimar, den 13. Februar 1919.

Ministerpräsident Scheidemann bespricht das Regierungsprogramm in großzügiger Rede. Wir danken ihm, daß er in den guten Sätzen über die Selbstverständlichkeit des Frauenwahlrechtes den schönsten Ausdruck dafür fand, „daß mit dem Einfluß der Frauen das Vergiftende in der Politik verschwinden würde“. Die

Parteien kommen zu Wort: Gröber (Zentrum) sagt uns nichts Neues. Raumann von der Deutschen Demokratischen Partei spricht von seinem Standpunkt aus sehr gut. Neue Gedanken und eine plastische Art, sich in guten Bildern auszudrücken, fesseln von Beginn bis Schluß der Rede. Minister Erzberger spricht und überrascht die Neulinge durch die Frische und Schlagfertigkeit seiner Sprechweise.

W e i m a r, den 14. Februar 1919.

Wir wählen einen neuen Präsidenten der Nationalversammlung. Es wird uns Frauen besonders schwer, daß wir uns in die Notwendigkeit fügen müssen. Gern tauschen wir Fehrenbach nicht gegen David ein. Freudig geben wir dagegen Heinrich Schulz als Vizepräsidenten unsere Stimme. Graf Brockdorf-Rantau liest Kluge Sätze vom Blatt; er wirkt ermüdend, weil er kein Redner ist. Aber seine Ausführungen zur demokratischen Handhabung der auswärtigen Politik empfinden wir als Bekenntnis eines Mannes, der trotz aristokratischer Herkunft ein Demokrat ist. Für unsere Partei spricht Keil, kernig und ohne Phrasen, wie es seine Art ist. Wie aus der Verfernung, aus verschwundenen alten Tagen taucht von den Deutschnationalen Graf v. Posadowsky-Wehner auf, der in seiner Rede von versunkener deutscher Herrlichkeit uns blaue Wunder erzählt. Wir verstehen seinen Schmerz.

W e i m a r, den 15. Februar 1919.

Rede des Staatssekretärs Schiffer zur Finanzlage des Reiches. Interessant ist uns aus seinem berufenen Munde die uns freilich nicht neu dünkende Feststellung, daß unmittelbar nach Ausbruch des Krieges die Demoralisierung einsetzte. Der Herr Staatssekretär verteilt auch gerechterweise Licht und Schatten bei der Verteilung der Arbeiter- und Soldatenräte. „Das Volk braucht Zeit zur Selbstbesinnung!“ Ein trefflich Wort, Herr Staatssekretär! Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei schickt Haase vor. Und Koske, der Vielgebährte, antwortet sicher und kraftvoll, wie wir es erwarten. Herrn Niefers Rede zum Schluß ist eine Vorlesung über die Sozialisierung, wie sie Vertreter der Deutschen Volkspartei verstehen.

W e i m a r, den 17. Februar 1919.

Dumpfe, gedrückte Stimmung im Hause. Wir spüren: die dunklen Wetterwolken, die erstehend über dem deutschen Volke hängen, haben sich noch gefährdender über unserem armen Vaterland zusammengeballt. Schlucken wir die neuen Härten des Waffenstillstandes? Ein Volk erträgt viel. Das beweist das deutsche Erzberger gibt die Bedingungen bekannt; das Haus vertagt sich, die Fraktion tritt zu langen, ernstlichen Beratungen zusammen.

W e i m a r, den 18. Februar 1919.

Die Deutschnationalen gehen zum Angriff über. Sie beschränken sich nicht allein auf die Produktion von Anträgen, sondern reiten eine schneidige Attacke gegen Erzberger. Er ist ihnen ein Dorn im Fleisch. Dr. Böglert ist außerordentlich scharf, er hat die „ehrenvolle Aufgabe“, die Interpellation Heinze zu begründen. Das Haus erlebt eine außerordentliche Debatte: alle Parteien und dann auch der Herr Ministerpräsident und Herr Minister Erzberger nehmen das Wort. War das ein „großer Tag?“ so fragen sich die Vertreter „i n n e n“ des Volkes!

W e i m a r, den 19. Februar 1919.

Arbeitsminister Bauer entrollt sachlich und in Kürze sein Programm. Er vertritt ein Nessoft, dem wir Frauen das größte Interesse und die größte Arbeitsfreudigkeit entgegenbringen. Hierauf entfesselt Oberst Reinhard mit seinen sachlich unanfechtbaren Ausführungen Sturm bei der äußersten Linken. Und dann kommen wir Frauen das erstemal zu unserem Rechte der Rede im Parlament. Genossin Juchacz spricht. Und daß sie ihre Aufgabe ganz in unserem Sinne löst, ist an anderer Stelle nachzulesen. Es stand bei uns fest: die erste Frau, die spricht, muß eine Sozialistin sein. Historisch gewordenes Recht! In diesem Falle gibt es das. Es war unser Tag, der Tag der Frau! Meier (Kaufbeuren) und Kall (Köln) finden hinterher nur ein dünnbefehtes Haus mit ihren Reden.

W e i m a r, den 20. Februar 1919.

Herr Traub, der Verwandlungsmann, eröffnet heute den Reigen der Opposition von rechts. Nach einer Rede Gotheins, des Demokraten, und Entgegnung Erzberger — Traub erlebt das Haus teilweise recht heitere anderthalb Stunden. Wer ihm die bereitet? Herr Abgeordneter Kahl, sicher tüchtiger Professor des Kirchenrechtes — aber ein merkwürdiger Politiker. Er verwechselt Parlament und Schulkasse. Seine Anrede „Meine Herren“ erklärt er mit dem 50. Buche des kanonischen Rechtes, wonach in diese Anrede auch weibliche Teilnehmer eines Parlamentes einbegriffen

sind. Mit der Revolution kann sich „Herr Professor“ nicht einverstanden erklären, er erklärt ihr Vorhandensein als nicht „berechtigt“. Ach ja, Revolutionen fragen nicht erst bei deutschen Professoren an, ob sie kommen dürfen. Sie sind da. Minister Landsberg unterzieht sich der Pflicht, die größten Verstimmlungen historischer Wahrheit und geschichtlichen Geschehens zurückzuweisen. Er wendet sich gegen Traub und Kahl mit großem Geschick. Der Tag ist angefüllt mit parlamentarischen Ereignissen: Frau Zieh bestiegt das Podium. Es ist zwar 7 Uhr abends und die Rede ist laut eigener Bemerkung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei zwei Stunden lang. Aber das Hohe Haus beschließt, noch selbigen Tages die geistige Strapaze zu ertragen. Unsere Erwartungen sind nicht allzu hoch gespannt. Aber was kam, übertrifft einfach alles. Und darum stelle ich fest: die größte, plumpe Wahlfrede ist mit Aufwendung von Stimmenkraft und Bestenreichtum über das Haus gegangen. Loben auf der Rechten, lebhafter Widerspruch Mitte und links. Schön ist es nicht. Der Tag schließt mit Sensation: Debatte Koske — Vot über die Vorgänge in Gotha. Sturm auf der äußersten Linken. Aber die Kreditvorlage kommt noch unter Dach. Schluß ein Viertel vor 10 Uhr abends.

W e i m a r, den 21. Februar 1919.

Eine Hiobspost: Eisner erschossen. Die zweite: Koffhauer und Auer sind nicht mehr. Wir wollen es nicht fassen. Nach Eröffnung der Sitzung bespricht Ministerpräsident Scheidemann vor der stehenden Versammlung das schreckliche Geschehen. Der Irrsinn des Mordmordes, des politischen Verbrechens geht um. Das Furchtbarste bleibt uns nicht erspart. Der Präsident Fehrenbach hofft, daß unser Mitglied Auer nicht tot sei, denn eine letzte Meldung spricht nur von schwerer Verletzung. Wir klammern uns daran, wir brauchen tüchtige Menschen, und Auer kennen wir als einen der Besten. Mechanisch wird das Diätengesetz verabschiedet. Ministerpräsident Scheidemann nimmt das Wort zur Abwehr gegen ganz rechts und ganz links: Professor Kahl und Frau Zieh. Es ist nötig, daß Front gemacht wird gegen den furchtbaren Terror, der den letzten Rest Volkskraft vernichtet. Die Worte waren notwendig. Eine Erklärung des Justizministers Heine gegen Behauptungen der Frau Zieh hören wir, und dann folgt eine äußerst geistvolle und geschickte Rede des Genossen Meerfeld. Nach Stegerwald, dem klugen Zentrumsmann, folgt die dritte Parlamentarierin: Gertrud Bäumer. Warum sollen wir Sozialdemokraten nicht loben, was uns an einer bürgerlichen Frau gefällt? Außerst wohlthuend ist ihre Rede, getragen vom „zukunftsgehaltenden Idealismus“, den auch wir „Rechtsozialistinnen“ teilen. Wir werden als Parteien gute Stücke Weg gemeinsam gehen. Dem Vaterland wird es nicht zum Schaden sein. Die übliche Geschäftsordnungsdebatte nimmt uns noch etwas Zeit weg; Rechts und Links fühlen sich benachteiligt durch den Schluß der Debatte; mit keinem Rechte: sie kamen ausgiebig zu Wort. Neues ist von ihnen nicht zu erwarten. Nächste Sitzung: Montag, den 24. Februar.

W e i m a r, den 24. Februar 1919.

Ein Reichswehrgesetz soll schnell beschloffen werden, um in die unordentliche Auflösung unseres Heerwesens und das wilde Entziehen von Freiwilligenkorps Ordnung zu bringen. Aber ein geringfügiger Formfehler gibt den Unabhängigen die Möglichkeit, das Zustandekommen des Gesetzes um einen Tag zu verschleppen. Sie lassen sich solchen billigen Erfolg nicht entgehen, was man bei ihrem Mangel an Erfolgen verstehen kann. So bleibt für die Sitzung nur ein Monolog des Reichsministers des Innern, Dr. Preuß, übrig, der die neue Verfassungsvorlage mündlich begründet.

W e i m a r, den 25. Februar 1919.

Die Sitzung beginnt schon vormittags um 10 Uhr, weil man den Fraktionen Zeit zur Beratung der Verfassungsvorlage geben will. Aber leider zieht sich die Sitzung bis nachmittags nach 1/2 Uhr hin. Wir können mit unserer Fraktionsitzung also erst um 4 statt um 2 Uhr beginnen. Die nächste Sitzung des Plenum ist am Donnerstag. Es soll dann drei Tage lang vor- und nachmittags im Plenum gearbeitet werden, damit die erste Beratung der Verfassungsvorlage noch in dieser Woche erledigt werden kann. In der ersten Märzwoche beginnen dann die Ausschußberatungen, und zugleich tritt in Berlin die preussische Nationalversammlung zusammen. Wir haben also in den nächsten Tagen tüchtig zu tun. So viel haben wir Frauen jedenfalls schon erfahren müssen: ernste parlamentarische Arbeit ist kein Kinderspiel, man ist am Abend eines sittingsreichen Tages redlich müde. Elisabeth Köhl.